

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fam. Freyher
1877

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 10 Goldpfennig. Die Werkausgabe 35 Goldpfen-
gleichem der Zeitung infolge Mangel an Holz oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | zahlbar innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Mitteilungen werden keine Gewähr.

Nr. 5.

Altensteig, Montag den 7. Januar.

Jahrgang 1924

Lohnstreitigkeiten.

Die gespannte wirtschaftliche Lage, auf der einen Seite ein immer mehr anwachsendes Arbeitslosentum und auf der anderen Seite eine Abwärtsentwicklung, die sich aller Voraussicht nach im Inland noch mehr verschärfen wird, muß die Bedenken abgeben für Neuaufkommen von Wirtschaftskämpfen. Das Aufhören der Inflationskonjunktur zwingt beide Teile, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, dazu, sich den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Solange unsere Wirtschaftspolitik unter dem Zeichen der Kaufkrafterhaltung durch das Mittel der Notenpresse stand, kam es für den Unternehmer nicht darauf an, ob seine Preise etwas höher waren als unbedingt notwendig; denn der Wertehund der Papiermark zwang den Konsumenten, das Geld abzustohen und als Käufer unter allen Umständen auf dem Warenmarkt zu gehen. Der Arbeitnehmer wußte im Voraus, daß die Löhne steigen, denn die Preise steigen, der Levenshaltungsinde war für ihn das Barometer für die Steigerung seines Einkommens. Die einzelne Leistung, sowie die Eingliederung derselben in den Produktionsprozeß des Unternehmens trat immer mehr in den Hintergrund.

Mit einer Wandlung der Wirtschaftsverhältnisse zur Stabilität und mit der gleichzeitigen Umstellung der gesamten Wirtschaft mußten diese Verhältnisse sich natürlich ändern. Der Gedanke des Tarifvertrages, der teilweise überspannt worden war, der den Minderleistenden durchschleppte und dem Mehrleistenden die Möglichkeit der Befreiung seines Einkommens nahm, muß auf seine gesunden Wurzeln zurückgeführt werden. Alle diese Dinge werden selbstverständlich nicht ohne Reibung abgehen. Es wird sich nur darum handeln, daß auf beiden Seiten, bei den Arbeitnehmern und bei den Arbeitgebern, die nötige Einsicht und der notwendige Takt da sein muß, um den Umwandlungsprozeß der deutschen Wirtschaft möglichst reibungslos durchzuführen. Die Aussperrung der Berliner Metallarbeiter ist daher zu werten als ein Zeichen der kommenden Wirtschaftskämpfe.

Friedensschluß in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 6. Jan. Nach 10stündiger Verhandlung ist es im Lohnkampf der Berliner Metallindustrie zu einer Verständigung gekommen, ohne daß das von dem Schlichter für Groß-Berlin Wissel bestellte Schiedsgericht in Tätigkeit zu treten brauchte.

Deutschsitz der bayerischen Regierung.

München, 6. Jan. Die Denkschrift der bayerischen Regierung über die Aenderung der Reichsverfassung in „föderalistischem“ Sinne ist dem Reichstanzler am Freitag durch den bayerischen Gesandten überreicht worden. Ueber den Inhalt wird berichtet:

In politischer Beziehung verlangt die Denkschrift, daß die Stellung des Reichsrats ausgebaut werde und daß er die Stellung erhalte, die früher der Bundesrat gehabt hat: Gleichberechtigter Gesetzgebungsorgan wie der Reichstag, Einfluß auf Verwaltung und Führung der Reichsgeschäfte, besonders der auswärtigen Politik.

Die Erweiterung der Selbständigkeit der Länder soll sich nach folgenden Richtlinien vollziehen:

Die Ausführung der Reichsgesetze soll wieder in die Hände der Landesbehörden gelegt und den Ländern die verfassungsmäßige Freiheit wieder überlassen werden. Artikel 48 der Reichsverfassung soll auf Bayern keine Anwendung finden. Besonders aber soll die Regelung so geschehen, daß die Polizeiherrschaft der Länder gewahrt wird.

Im Justizwesen soll verfassungsmäßig angeordnet werden, daß durch Reichsamtesien in das Begnadigungsrecht der Einzelstaaten eingegriffen und daß durch Sondergerichte die einzelstaatliche Justizherrschaft angetastet werde.

Im Finanzwesen soll das Steuersystem vereinfacht, eine Scheidung der zwischen Reich und Ländern zu teilenden Steuern vorgenommen, den Ländern die Finanzverwaltung im früheren Umfang zurückgegeben werden, und zwar sowohl direkte, wie indirekte Steuern. Bayern soll seine Biersteuer wieder erhalten.

Für die Kulturpolitik wird volle Selbständigkeit der Länder auf dem Gebiet der Kulturpolitik und Kulturpflege gefordert. Dem Reich soll nur die Grundrechtsgesetzgebung zustehen.

Hinsichtlich des Militärwesens erkennt Bayern an, daß bei einem Heer von nur 100.000 Mann eine Teilung der Militärhoheit nicht in Frage kommen kann. Es verlangt aber, daß

1. der Landeskommandant nur mit Einwilligung der bayerischen Regierung abberufen werden kann;
2. die vorübergehende Entsendung bayerischer Truppen nach außerbayerischen Orten nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung erfolgt;
3. die Befehle der Führer- und Beamtenstellen von einem bestimmten höheren Rang ab nur im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung geschieht;
4. die bayerischen Truppen außer auf die Reichsregierung auch auf die bayerische Regierung verpflichtet werden.

Im Verkehrswesen soll eine völlige Neuorganisation des Rechtsverhältnisses von Bahn und Post eintreten, da die Staatsverträge von 1920 unhaltbar sind.

Was die auswärtige Politik betrifft, sollen die Einzelstaaten auch ohne vorherige Zustimmung des Reiches Verträge mit fremden Staaten schließen können, vorbehaltlich eines Einspruchsrechts des Reiches.

In der Wirtschaft soll ein Zugriff des Reiches auf Naturschätze und Unternehmungen der Einzelstaaten ausgeschlossen werden.

Die Denkschrift schließt mit der Forderung, daß für die Länder die Bezeichnung Bundesstaaten wieder eingeführt werde.

Neues vom Tage.

Am Montag Kabinettsberatung.

Berlin, 6. Jan. Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, werden die Beratungen des Reichskabinetts am kommenden Montag wieder aufgenommen.

Das Ende der Sondergerichte.

Berlin, 6. Jan. Mit Wochenschluß beendeten die Sondergerichte, die durch Verordnung des Reichspräsidenten anlässlich der Minderungen im November vorigen Jahres eingesetzt worden sind, ihre Tätigkeit. Von ihnen waren auch alle gewalttätigen Strafhandlungen, die seit dem 15. November verübt worden waren, zur Aburteilung gelangt. In Zukunft werden neue vereinfachte Strafkammern an die Stelle der Sondergerichte treten.

Die thüringischen Minister bei der Reichsregierung.

Berlin, 6. Jan. Halbamtlich wird gemeldet: Den thüringischen Minister Frölich, Hartmann und Grell ist in einer Sitzung in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichstanzlers Gelegenheit gegeben worden, sich zu den Feststellungen, die von den Reichsbeauftragten in Thüringen gemeldet worden sind, zu äußern. Das Reichskabinet wird sich nunmehr mit den Ergebnissen der vorgenommenen Untersuchung befassen. Wie der „Vorwärts“ erfährt, findet die Kabinettsitzung über die Vorgänge in Thüringen am Montag vormittag statt. Für nachmittag 3 Uhr sind die thüringischen Minister wieder in die Reichskanzlei geladen.

Reichstagswahlen im Mai?

Berlin, 6. Jan. Der demokratische Zeitungsdiensl bezeichnet es als wahrscheinlich, daß die Reichstagswahlen im Mai stattfinden. Fernerhin sei es möglich, daß eine vorzeitige Auflösung erfolge und daß die Neuwahlen sehr rasch anberaumt werden, da durch die Wahlgesehnisse die Fristen wesentlich verkürzt worden sind.

Neurath und Stresemann.

Rom, 6. Jan. Auf italienischer Seite herrscht die Ansicht, die Reise des Botschafters von Neurath nach Lugano habe hauptsächlich bezweckt, von Stresemann eine genaue Darstellung der deutschen inneren Lage und der Ansichten der Reichsregierung zu erhalten, um Mussolini, der einen ausführlichen direkten Bericht wünschte, ausklären zu können. Mussolini habe Herrn von Neurath ersucht, Stresemann gewisse Ideen Italiens über die Lösung der schwebenden Probleme zu übermitteln.

Eine deutsche Vertretung nach Angora.

Paris, 6. Jan. Der „Daily Mail“ wird aus Berlin gemeldet, daß die deutsche Regierung demnächst eine diplomatische Mission nach Angora zu senden beabsichtige. Als Anhalt dieser Mission komme Konstantinopel nicht in Frage. An Dr. von Rosenberg, den früheren deutschen Außenminister, sei die Bitte gerichtet worden, als deutscher Gesandte nach der Türkei zu gehen. Die Antwort von Dr. Rosenberg sei noch nicht bekannt.

Sturz des französischen Frankens.

Paris, 6. Jan. Der Dollar ist an der Pariser Börse auf 20,57 im Mittel gestiegen, das englische Pfund wurde mit 88,22% notiert. Der belgische Frank ist um 90 Cents zurückgegangen. Der französische Finanzminister, der von einer Reise in sein Heimatdepartement nach Paris zurückkehrt, hat eine Reihe von Vertretern der französischen Finanzwelt ersucht, gleich nach seiner Rückkehr mit ihm über Mittel zur Bekämpfung des Frankensurzes zu beraten.

Die „Sournee Industrielle“ tritt der Behauptung entgegen, der neue Sturz des Frankens sei das Werk einer deutschen „Offensive“. Sie stellt fest, daß die Verkaufsaufträge für den Frankens aus allen Ländern, sogar aus der Tschechoslowakei, kommen, die neuerdings erst einen Frankenscheck erhalten habe. An der Spekulation mit dem Frankens seien alle Börsenplätze beteiligt, und der wahre Grund sei der, daß in Frankreich aus Furcht vor der Nähe der Neuwahlen nichts geschehe, um die unhaltbare Finanzlage zu ordnen. Wenn Parlament und Regierung sich nicht in aller nächster Zeit entschließen, mit aller Entschiedenheit gewisse Ausgaben, die Frankreich ruinieren müßten, zu unterdrücken, und neue Steuern zu bewilligen, so begingen sie einen Verrat an der Allgemeinheit.

Rückkehr der Koburger nach Bulgarien.

Mailand, 6. Jan. Der „Popolo d'Italia“ teilt mit, daß die Regierung Jankow in Bulgarien der königlichen Familie der Koburger die Rückkehr nach Bulgarien gestattet habe. Prinz Cyrill, der Bruder des Königs Boris, sei in Sofia eingetroffen. Auch die übrigen Mitglieder der königlichen Familie würden demnächst nach Bulgarien zurückkehren. Es scheint, daß Ministerpräsident Jankow bei der Erteilung dieser Erlaubnis von sich aus gehandelt habe, ohne die übrigen Mächte zu befragen.

Benizelos heimlich in Griechenland gefandet.

London, 6. Jan. Der „Morning Post“ wird aus Athen gemeldet, daß die „Ambros“, an deren Bord sich Benizelos befand, um jede Kundegebung zu vermeiden, während der Nacht an einer entlegenen Stelle der griechischen Küste gefandet sei. Oberst Plafiras habe sich erlaubt, Benizelos ohne irgendwelche Begleitung auf griechischem Boden zu begrüßen.

Nach einer weiteren Londoner Meldung hat Benizelos die Regierungsbildung übernommen. Oberst Plafiras wurde durch einen Regierungserlaß „auf seinen eigenen Wunsch“ in den Ruhestand versetzt.

Berfahren gegen Banken wegen zu hoher Zinsforderungen.

Berlin, 6. Jan. Seitens der Staatsanwaltschaft ist ein Verfahren gegen verschiedene Banken wegen zu hoher Zinsforderungen eingeleitet worden. Durch die besonders im November und Dezember 1923 erhobenen zu hohen Zinsforderungen der Banken sind zahlreiche Firmen, und zwar nicht nur der Nahrungsmittelbranche, in Schwierigkeiten geraten.

Botschafterkonferenz und Militärkontrolle.

Paris, 6. Jan. Die Botschafterkonferenz wird sich, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, wiederum mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen. Die Note, die am 21. November an die deutsche Regierung gerichtet worden sei, und die keine Bedrohung mit Sanktionen enthalten habe, sei ein toter Buchstabe geblieben. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß General Rollet nicht zögern werde, den schlechten Willen Deutschlands zur Sprache zu bringen. Man müsse also die Debatte, die man am 21. Nov. abgebrochen habe, wieder aufnehmen und, wenn möglich, zu einer praktischen Lösung bringen. In den letzten Tagen habe ein Meinungsaustrausch zwischen dem Quai d'Orsay und dem Foreign Office stattgefunden und Marschall Foch habe sich mit diesem Problem beschäftigt.

Suche nach Bundesgenossen.

London, 6. Jan. In London haben Verhandlungen zwischen Italien und England über die Grenzregulierung in Ostafrika begonnen. In den „Times“ wird der Vorschlag gemacht, daß England in die bisher wenig günstig fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen Italien und Ägypten über die Grenzführung im Osten von Tripolis eingreifen solle, damit Italien endlich die von ihm längst geforderte Herrschaft über das Land der Semuss erhalten. — Nach italienischen Meldungen werden im Januar im Mittelmeer gemeinsame Flottenübungen eines englischen, italienischen und spanischen Geschwaders stattfinden, eine Kombination, die als Warnung an Frankreich überhaupt nicht mehr mißzuverstehen wäre.

Schwäbische Demokratentagung.

Dr. Hieber über die wirt. Politik. — Reichswehrminister Geßler über die äußere und innere Lage. Stuttgart, 5. Jan.

Der Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei wurde vom Landesvorsitzenden Abg. Dr. Brudmann eröffnet, worauf Abg. Scheel über die württembergische Landespolitik sprach. Er forderte für die württembergische Exportindustrie eine Verringerung der Tarifpolitik des Reiches und eine Lösung des Problems der Erwerbslosenfrage unter strenger Beachtung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte. Das Problem der Hypothekenaufwertung wird von der Partei im Sinne eines Schutzes der wirtschaftlich Schwachen behandelt. Der schematische Währungsvertrag ist längst preisgegeben, der Vereinbarung über die Länge der Arbeitszeit stehen die Wege offen. In der Wohnungsfrage muß der Zwang möglichst bald abgebaut und der Mietzins den Selbstkosten angepaßt werden. Der Ausnahmezustand kann aber nur abgebaut werden, wenn nicht an seine Stelle die Anarchie tritt. Unsere Koalition mit dem Zentrum in Württemberg, unterstützt durch die D. B. und die Sozialdemokratie, hat sich bewährt. Bei unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie bestehen keinerlei Bindungen, auf keiner Seite; eine politische Verständigung mit der Sozialdemokratie ist von Bedeutung für die Festigung der Republik und der Verfassung.

Das zweite Referat hielt Rechtsanwalt Dr. Essig über „Politik und Wirtschaft“. Er brachte folgenden Antrag ein: Der Parteivorstand und die Landtagsfraktion zu ersuchen, die Frage der Organisation der Beschaffung der für Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft erforderlichen Betriebskapitalien ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und alle Maßnahmen zu unternehmen, die geeignet sind, das unentbehrliche wirtschaftliche Vertrauen am Geld- und Kreditmarkt zu heben. Hierzu ist auch in der verarmten deutschen Staats- und Privatwirtschaft eine in ihren Grundzügen vom Reich zu regelnde Angleichung früherer Goldmarkverpflichtungen aller Art an die jetzigen Währungs- und Bewertungsverhältnisse unentbehrliche Voraussetzung.

Nach längerer lebhafter Aussprache wurde diesem Antrag zugestimmt. Der Landesvorsitzende Abg. Brudmann wurde einstimmig wiedergewählt.

Stuttgart, 6. Jan.

Die Landesversammlung, die am Dreikönigstag im Festsaal der Lederhalle abgehalten wurde, eröffnete der Landesvorsitzende Abg. Brudmann und gab einen Überblick über die am Vortage abgehaltene Vertreterversammlung. Neben allen Sonderinteressen müsse das mächtige Gefüge des Staates stehen, dann sei auch wieder die Möglichkeit gegeben, nach außen zu wirken als ein freies Volk in einem freien Reich. Es sei die Aufgabe der Demokratie, ein Geschlecht zu erziehen, das Deutschland schütze und verteidige. Der Gedanke der Volksgemeinschaft müsse gepflegt werden.

Nachdem Johannes Fischer der im letzten Jahre verstorbenen Mitstreiter gedacht hatte, ergriff anstelle des durch dringende Reichsgeschäfte abgehaltenen Reichsministers Hamm,

Staatspräsident Dr. Hieber

das Wort, um einen Überblick über die demokratische Arbeit in Württemberg zu geben. Das Jahr 1923 habe Deutschland auf seinem Weg der Demütigung und Erniedrigung in die tiefsten Abgründe geführt, es sei das Jahr des verlorenen Kampfes. Wir müßten uns eingestehen, daß dadurch der Krieg zum zweitenmal verloren sei. In den Augen der übrigen Welt habe Deutschland nicht verloren, sondern gewonnen. Weiterhin habe im vergangenen Jahr die entfesselte Demagogie mehr denn je geübt, jeder habe gefordert, statt geleistet, und dadurch den Staat ausgehöhlt und untergraben. Der Wunsch nach einem Umsturz, sei es um die alte Form wieder einzuführen, oder sei es, um eine radikale neue Staats- und Gesellschaftsordnung auf kommunistischer Grundlage zu verwirklichen, sei ein Anzeichen schwerster innerer Krise unseres Volkes. Die heutige Zeit sei eine geistige, moralische und religiöse Krisenzeit, aus der die deutsche Innerlichkeit und Geistigkeit helfen müsse. Mehr denn je müsse die unentrennbare Schicksalsgemeinschaft gepflegt und klar gemacht werden, daß nationale Gefinnung nicht Sonder-, sondern Allgemeingut sei. Im Schwabenland will kein ernsthafter Mensch an der Reichseinheit rütteln lassen. Dies steht durchaus nicht im Widerspruch mit dem Gedanken des sog. Föderalismus. In diesem Zusammenhang soll über die bayerische Denkschrift über den Föderalismus nur so viel gesagt sein, daß sie über die Grenzen eines berechtigten Föderalismus jedenfalls hinausgeht. Wir halten es mit dem Wort des Freiherrn von Stein: Ich kenne nur ein Vaterland und das heißt Deutschland! (Beifall.) Im Innern haben wir in Württemberg die Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten können, und dem amtierenden Reichswehrminister Geßler können wir heute offen sagen, daß in Württemberg der Ausnahmezustand ohne weiteres aufgehoben werden kann; auch die Militärregierung wird in Württemberg dafür zu sorgen wissen, daß es bei den bisherigen geordneten soliden Verhältnissen verbleibt. An unruhigen Köpfen fehlt es ja auch im Schwabenland nicht, wir können da den Bedarf gewissermaßen im eigenen Lande decken und brauchen keinen Import, weder von Bayern noch weiter von Osten her. (Heiterkeit.) Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Staatspräsident noch in nachdrücklichen Worten den Gedanken der Volksgemeinschaft und die Notwendigkeit der Selbstverantwortung jedes Einzelnen.

Reichswehrminister Geßler

sprach über die deutsche auswärtige und innere Politik des letzten Jahres, das er als ein Stück trübster, schwerster deutscher Geschichte kennzeichnete. Seit der Besetzung des Rheins und Ruhrgebietes hat Frankreich entschlossen die Früchte seines Sieges gepflückt und alles getan, um seine Hegemonie über Europa vorzubereiten. Die auswärtige Politik Deutschlands wird auf lange Zeit hinaus Wirtschaftspolitik sein müssen und wie die Dinge liegen, wird uns kein anderer

Weg der Betätigung offen bleiben, als der Weg nach dem Osten. Unsere nächste Aufgabe ist die Schaffung der notwendigen Klarheit über den Umfang unserer Reparationsverpflichtungen. Daneben steht im Vordergrund die Beseitigung der Separatisten. Wir sind bereit, in wenigen Wochen Ordnung zu schaffen. Auf die französische Antwortarte legt der Reichswehrminister keine großen Hoffnungen, weil ein französisches Entgegenkommen ein Bruch mit der bisherigen Politik Frankreichs und mit seiner ganzen geschichtlichen Überlieferung wäre. Nur naive Gemüter können glauben, daß aus dem Versuch, den Boden der Verfassung von Weimar zu verlassen (München und Dresden), etwas anderes hätte herauskommen können, als die Auflösung des Reiches und die endgültige Zerstörung unserer Wirtschaft. Ein Gefühl der Schmach erfüllt uns alle, wenn wir sehen müssen, daß an solchem Vorgehen selbst Männer wie Ludendorff beteiligt waren. Wären die Verhältnisse überall so gewesen wie in Württemberg: wir hätten den Ausnahmezustand wahrhaftig nicht verhängt. Einigermassen erkaunt bin ich, daß der Herr Staatspräsident unter diesem Ausnahmezustand etwas zu leiden scheint (Heiterkeit), denn es ist mir immer gesagt worden, daß in Württemberg die Zivil- und die Militärverwaltung reibungslos zusammenarbeiten. (Hieber: Sehr richtig!) Wenn wir die Dinge aber so nehmen, wie sie sind, so müssen wir sagen, daß wir über den Gefahrenpunkt noch nicht ganz hinweg sind, wenn es auch erfreulich ist, daß sich jetzt auch in Sachen Bürgertum und die verständige Arbeiterschaft zusammengenommen haben zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Zum Schluß sprach der Redner noch eingehend den Währungszerfall und die Wirtschaftskrise. Es wäre ein Verhängnis, wenn jetzt die Arbeiterschaft niedergeworfen werden sollte; das Refuscat wäre ein Symbolakt, der vor nichts halt machen würde. Die Ethik darf aus der Volkswirtschaft nicht ausgeschaltet werden. Darum rufe ich den Führern der Wirtschaft zu: Trotz allem, was in den letzten Jahren geschehen ist, laßt Euch nicht verbittern; gerade jetzt muß es sich zeigen, wer ein richtiger, weitsichtiger Führer ist und wer über die nächstliegenden Instanzen hinwegzukommen vermag. Auch andere Fragen müßten ungelöst in das Jahr 1924 herübergenommen werden: Das Verhältnis von Reich und Ländern, Stadt und Land, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. So wird das Jahr 1924 kein Friedensjahr, sondern ein Kampfjahr werden. Wir werden die Ehre heiß halten müssen, daß wir über die Krise hinwegkommen. Die Kritik am Parlamentarismus halte ich für ungerecht und für falsch. Wenn bei den nächsten Wahlen die Mitte weiter geschwächt würde, so würde das die Stellung Deutschlands gegenüber dem Ausland bedeutend verschlechtern. Die Verfassung von Weimar konnte nur eine Art Notbau sein; wir wollen sehen, wie wir sie weiter ausbauen. Aber dabei kann es nur eins geben: Zuerst das Reich und die Einheit der Nation. Ich bin überzeugt, daß wir gerade in Württemberg das vollste Verständnis dafür finden, und daß die schwäbische Demokratie hier das Banner vorantreiben wird, auf dem steht: Furchtlos und treu!

Dr. Theodor Heuß

sprach zum Schluß noch über verschiedene Fragen der Finanz- und Währungspolitik. Die Einführung einer Festwährung, durch die wir sozusagen über Nacht zu einem hochvalutarischen Land geworden sind, werde für die nächste Zeit außerordentliche Erschwerungen und Erschütterungen bringen, und es werde sich zeigen müssen, ob und inwiefern der Gefundungsprozeß, die Schicksalsfrage unserer ganzen Wirtschaft und Zukunft, durchgeführt werden könne.

Nach Dankesworten des Vorsitzenden wurde die Tagung mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes geschlossen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Der Kommerzienrat ist wieder da. Die bayerische Regierung hat — zum erstenmal wieder seit der Veränderung der Staatsform — einer Reihe von Persönlichkeiten des bayerischen Wirtschaftslebens den Titel Geheimer Kommerzienrat bzw. Kommerzienrat verliehen. Vor allem stehen in der amtlich veröffentlichten Liste die Leiter großer industrieller Betriebe im rechtsrheinischen Bayern und in der Pfalz.

Lavineneinbruch. Ein furchtbares Unglück wird vom Walsertal bei Oberstdorf berichtet. Zwei Häuser mit zahlreichen Bewohnern sollen verschüttet sein. Fest steht, daß eine große Schneelawine im Walsertal niedergegangen ist. Einzelheiten sind noch nicht zu erfahren, da die Telefonleitungen zerstört sind.

Die Kuh der Geigerin. Anna Hegner, die berühmte Schweizer Geigerin, gab kürzlich in Altdorf ein Konzert, kaufte für dessen Erlös eine Kuh und führte das kostbare Tier höchst eigenhändig dem allgäuischen Waisenhaus als Geschenk zu.

Hollandspende. Am 1. Januar wurden in Berlin 4000 Lebensmittelpakete von der holländischen Abteilung der internationalen Arbeiterhilfe verteilt. 4000 weitere Pakete wurden in Hamburg und anderen deutschen Städten ausgegeben.

Keine Untersuchung über deutschen Kapitalbesitz in Amerika. „Daily Mail“ meldet aus Washington, daß Sekretär Mellon erklärte, daß die Vereinigten Staaten sich an der Untersuchung von deutschem Kapitalbesitz in Amerika nicht beteiligen werden. Die praktischen Schwierigkeiten seien zu groß; außerdem sei das ausgewanderte deutsche Kapital zu geringfügig im Verhältnis zum inneren deutschen Reichtum.

Brand durch einen Meteorstein. In der Nähe des Städtchens Wayne im nordamerikanischen Staat Nebraska hat kürzlich ein nicht alltägliches Brand gewütet. Eine Scheune geriet durch die Hitze eines Meteorsteins in Brand, der in welkglühendem Zustand vom Himmel gefallen war. Hunderte Menschen hatten den bestigen Glanz des Meteors gesehen und sogar das Einschlagen des Steines in die Scheune wahrnehmen können.

Handel und Verkehr.

Amtl. Berliner Zevikenturse vom Samstag, 5. Jan. (Die Notierungen sind in Milliarden M. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5, Mittelkurs 1000,0.

Stockholm 1137,15 G., 1142,85 Br.

Paris 212,465 G., 214,535 Br.

Wien 0,061840 G., 0,062150 Br.

Die übrigen Kurse unverändert.

Die Verordnung der Goldbilanzen. Kaufleute, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, haben vom 1. Januar 1924 ab, oder falls das neue Geschäftsjahr mit einem späteren Zeitpunkt beginnt, von diesem Zeitpunkt ab das Inventar und die Bilanz in Goldmark anzuführen. Nach der Umstellung muß der Betrag des Eigenkapitals einer A.G. oder einer K.G. an Aktien mindestens 5000 G.M., der einer G.m.b.H. mindestens 500 G.M. betragen. Bei der Umstellung A.G. oder einer Kommanditgesellschaft a. A. müssen die Aktien und Interimscheine auf einen Betrag von mindestens 20 G.M. gestellt werden. Bei der Umstellung einer Gesellschaft m.b.H. muß die Stammeinlage jedes Gesellschafters auf mindestens 500 G.M. gestellt werden.

Zur Einlösung von Industriebilanzierungen. In der Klage eines Obligationärs wurde die Bank Elekrischer Werte in Berlin zur Zahlung von 750 G.M. für die Schuldverschreibung von 1000 M. verurteilt.

Herabsetzung der Kalipreise. Der Reichskaltirat beschloß im wesentlichen eine Rückkehr zu den Vorkriegspreisen, insbesondere eine Herabsetzung der Preise für 40prozentige Kalidüngersalze. Maßgebend für die Beschlußfassung war der Wunsch der deutschen Landwirtschaft.

Amtl. Berliner Produktnotierungen vom 5. Jan. (In Rentenmark oder Goldanleihe.): Weizen, märk. 170—173, pomm. 166—169; Roggen, märk. 146—150, pomm. 144—147, westph. 144—146; Sommergerste, märk. 169—174; Haber, märk. 126—132, pomm. 120 bis 125, westph. 120—123; Mais, ab Hamburg 173 bis 175; Weizenmehl 26—29,25; Roggenmehl 25—29,25; Weizenkleie 8,50; Roggenkleie 8,10—8,25; Raps 285 bis 295; Leinsoat 450—460; Seltorierbsen 40—42; K. Speiseerbsen 22—26; Futtererbsen 17—18; Pelfusken 14—15; Aderbohnen 12—14; Widen 15—16; Lupinen, blaue 14—16, gelbe 15—17; Geradella, neue 16—18; Nabsuchen 12,50; Reinsuchen 25—26; Trofenschnitzel 8,20—8,40; volkw. Jucherschnitzel 10—11; Dorfmelasse 8,20—8,60; Kartoffelfudern 17—17,50.

Bom Hopfengeschäft. In der Umgegend von Rotenburg wurde Hopfen der Zentner bis zu 350 M. und Tringeld gehandelt.

L. C. Württembergische Viehversicherung. Der bisherige Württ. Viehversicherungsverband e. V. ist am 4. Januar in eine A.G. umgewandelt worden unter dem Namen Landwirtschaftliche Viehversicherungs A. G. Rued des Unternehmens ist die genossenschaftliche Viehversicherung, An- und Verkauf auf eigene Rechnung und Beteiligung an ähnlichen Unternehmen. Der Aufsichtsrat wird im wesentlichen aus führenden württembergischen Landwirten gebildet. Einziger Vorstand ist der Geschäftsführer des bisherigen Viehversicherungsverbandes Direktor Gemmrig.

Stuttgarter Marktpreise vom 5. Jan.: Auf den Großmärkten war die Zufuhr überraschend groß. Äpfel waren in schöner Ware angeboten. Der Gemüsegroßmarkt bot gleichfalls ein sehr erfreuliches Bild. Es war nahezu alles in guter Auswahl und zu unveränderten Richtpreisen zu haben. In der Markthalle stellten sich die Fettpreise weiter zugunsten der Käufer. Für das starke Angebot von Butter wurden endlich niedere Preise gefordert (1,6—2,4 M.). Schweineschmalz ist auf 90 (bei 5 Pfd. 88) Pfg. zurückgegangen. Für Fettgänse wurden bei starkem Angebot 1 M. für das Pfd. für beste Ware gefordert. Weitere Fettpreise: Margarine 70—80, Schmelzmargarine 85, Speisefett 80, Kolosfett 60—70, Palmöl 75, Rinderfett 80, Kolosfett 60—70, Palmöl 75, Rinderfett 60 bis 65, Speck 120 Pfg. das Pfd., Salatöl 140 das Liter. Käse: Emmentaler 170—240, Tilsiter 100—180, Camer 140—180, Münster 150—180, Emmentaler 140, Rahm 120—190, Backstein 80 Pfg. das Pfd. Eier: frische 20, Kalkeier 17—18, Kartoffeln 4—5, Mehl 20, Grieß 30, Teigwaren 40—65, Erbsen 30—40, Bohnen 30, Linsen 35, Kunsthonig 70—75, Dörrzwetschen 40—45, Reis 28—35 Pfg.

Letzte Nachrichten.

Neue neue Inflation zu befürchten.

WZ. Berlin, 5. Jan. Die Blätter erfahren von ausländischer Seite, daß eine neue Inflation nicht zu befürchten ist. Zur Zeit sind die Verhältnisse unseres Finanzwesens nicht ungünstig, da die Reichseinnahmen in beständiger Weise fließen. Die Ausgaben des Reiches in der letzten Dezemberdekade konnten aus den Einnahmen gedeckt werden.

Dr. Stresemann Rückkehr aus dem Schwitz.

WZ. Berlin, 6. Jan. Wie wir erfahren, ist Außenminister Dr. Stresemann heute aus Lugano wieder in Berlin eingetroffen.

Schlechte Aufkäufe.

WZ. Brüssel, 6. Jan. „Independance Belge“ meldet: Außenminister Jospin begann gestern mit den zuständigen Ministerialabteilungen die endgültige Abfassung der belgischen Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember. Nach dem Blatt wird die Note in den Hauptfragen, die das eigentliche Besetzungskriegs betreffen, sowie hinsichtlich der Ausfuhr der Versandbewilligungen und der Zollbefreiung eine sehr feste Haltung einnehmen. Frankreich und Belgien beschließen, die gegenwärtige Lage energisch aufrechtzuerhalten.



Eine Schwärzung Frankreichs?
 WTB. Zw. Brücken, 5. Jan. Der Bezirksbelegter von Zweibrücken, Oberleutnant Diefel, hat gestern dem Bezirksamt in Zweibrücken folgendes mitgeteilt: In allgemeinen Interesse, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Vermeidung der Klagen, die mir von allen Seiten zugehen, habe ich Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß ich auf den heutigen Tag die Regierung der autonomen Palz nicht offiziell anerkenne und daß keine Ihrer Verordnungen, Befehle und Entscheidungen durch die Rheinlandkommission genehmigt worden sind. Daraus folgt, daß alle die Behörden und Beamten, die in den verschiedenen Verwaltungsbereichen für den Bezirk und die Stadt Zweibrücken zuständig sind, sich mit den in der Vereinbarung von Versailles, den Ord. nungen Nr. 29 und 54, sowie den Instruktionen der Rheinlandkommission bezeichneten Angelegenheiten zu befassen haben. Daraus folgt insbesondere, daß die Ausstellung von Pässen und Identitätskarten usw. bis auf weitere Anordnung ausschließlich den deutschen Behörden obliegen, gemäß den Befehlen der deutschen Behörden und Bestimmungen, die nach den Anordnungen der Rheinlandkommission Nr. 125 und 67 zu Recht bestehen.
 Auf diese Zuschrift hin hat der Bürgermeister von Zweibrücken sofort die separatistische Fahnen vom Rathaus herunterholen lassen.

Genehmigung der Kohlenpreise.
 WTB. Hannover, 5. Jan. In der gestrigen Hauptversammlung des Rheinischen Kohlenverbandes ist beschlossen worden, die Kohlenpreise für A-schlüsse ab 1. Januar entsprechend den veränderlichen Marktverhältnissen herabzusetzen.
Argentinisches Gefrierfleisch.
 WTB. Berlin, 5. Jan. An argentinischem Gefrierfleisch werden noch der „S. 3.“ im Großhandel Berlins jährlich etwa 1200 bis 1500 Zentner abgesetzt. Der starke Rückgang an Gefrierfleisch dürfte eine Senkung der Preise des Inlandsfleisches veranlassen.
Das Abkommen in der Metallindustrie angenommen.
Sofortige Aufnahme der Arbeit.
 WTB. Berlin, 7. Jan. Das zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband am Sonnabend getroffene Abkommen wurde gestern von einer Konferenz der Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit großer Mehrheit angenommen und es wurde beschlossen, daß die Arbeit sofort wieder aufzunehmen ist.
Der Fügungsbedürftige franz. Franken.
 WTB. Paris, 5. Jan. Die Rheinlandkommission hat eine Verordnung erlassen, um den französischen Frank an zu

schützen. Nur Banken und Wechselbureaus sind berechtigt, im besetzten Gebiet Frank mit Dollars zu treiben. Sie müssen innerhalb und außerhalb ihres Geschäftsbereichs den Kurs anerkennen, zu dem sie Dollars kaufen und verkaufen. Die Verordnung erstreckt sich auch auf den Verkauf von Reichsgeld.
Gefrandet.
 WTB. Rival, 6. Jan. Der deutsche Dampfer „Karl“ ist südlich von Rival gestrandet. Der russische Dampfer „Kassia“ ist bei Rival auf ein Riff aufgelaufen.
Benjeloß Präsident der georgischen Kammer.
 WTB. Tiflis, 6. Jan. Benjeloß ist gestern Nachmittag, als er sich zur Kammer begab und bei seinem Eintritt in die Kammer begeistert begrüßt worden. Nach als er den Abgeordnetenbild lißets, bereitete man ihm für nische Sitze an. In Anbetracht dessen schritt die Kammer zur Präsidentenwahl. Der Republikaner Papanastasia erklärte, er und seine Partei seien der Ansicht, niemand sei geeigneter, die Geschäfte des Parlaments zu leiten, als Benjeloß. Nach weiterer Aussprache wurde Benjeloß einstimmig zum Präsidenten erwählt.
 Druck und Verlag der B. Meierischen Buchdruckerei Altenfeld, für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Ämtliche Bekanntmachungen.
An die Schultheißen bzw. Stadtschultheißenämter!
 Es sind alsbald einzusenden:
 1. die obigen Taxebücher von 1923 mit Angabe, ob ein neues Taxebuch nötig ist;
 2. die Leichenbuch Register von 1923 samt den zugehörigen Leichenzetteln, sowie die alten Leichenbuch Register seit 1914.
 Ferner ist mitzutellen die Anzahl der Impfungen und der Wiederimpfungen für 1924.
 Nagold, den 2. Januar 1924.
 Der Oberamtsarzt:
 Med. Rat Dr. Frieder.

Aufforderung zur Abgabe von Voranmeldungen auf Umsatzsteuer und Pressenotabgabe und zur Leistung von entsprechenden Abschlagszahlungen.
 Sämtliche Steuerpflichtige, also sowohl diejenigen, die zu vierteljährlichen, als auch die zu monatlichen Abschlagszahlungen verpflichtet sind, werden aufgefordert, bis spätestens 10. Januar 1924 Voranmeldungen über die von ihnen im 4. Kalendervierteljahr bzw. im Dezember vorerwahnten Entgelte bei der örtlichen Einzugsstelle bzw. dem Finanzamt abzugeben und dementsprechende Abschlagszahlungen zu leisten. Für die Berechnung der Abschlagszahlungen ist als Goldumrechnungssatz festgesetzt:
 für die Umsätze im 4. Kalendervierteljahr 502 Milliarden (abgerundet 500 Milliarden) und für die Dezemberumsätze 1 Billion Papiermark für je 1 Goldmark.
 Neben die Abschlagszahlungen verspätet, also nach 10. Jan. 1924 geleistet, so sind solche von den örtlichen Einzugsstellen nicht mehr anzunehmen, es sind vielmehr die säumigen Steuerpflichtigen zur Zahlung unmittelbar an die Finanzämter zu verweisen.
 Die Abgabe einer unrichtigen Voranmeldung ist ebenso wie die Abgabe einer unrichtigen Steuererklärung unter Strafe gestellt; ebenso ist es unzulässig, die Umsätze nur schätzungsweise anzugeben. Die Voranmeldungen haben die die Versicherung zu enthalten, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.
 Für die Umsätze vom 1. Januar 1924 ab ist die Umsatzsteuer auf 2½ vom Hundert (Zweieinhalb) festgesetzt.
 Auf die Pressenotabgabe im redaktionellen Teil dieser Zeitung wird Bezug genommen.
 Für verspätete Voranmeldungen und Abschlagszahlungen sind erhebliche Zuschläge vorgesehen. Den örtlichen Einzugsstellen wird nähere Anweisung über den Einzug noch zugehen.
 Altenfeld, den 4. Januar 1924.
 Finanzamt: Huberich.

forstamt Pfalzgrafenweiler.
Reisverkauf.
 Am Mittwoch, den 9. Januar 1924, nachmittags 2 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Gasthaus „Schwanen aus Staatswald Nat. u. Ob. Rältheberg, Unt. Sommerfeld, Hinterer Brunnenborn, Dorfgottesbüchel, Saumisch, Edele, Ob. Lachenrain, Ob. Saulach, Ob. Brand, Sautech, Ob. Bilsbühl, Hütle, Kreuzweg, Fuchshald, Ob. Rohrbühl, Ob. Madbronn, Unt. Brand, Unt. Schmösenbrunner, Ob. Brand, Hirt, Weinmühl, Weinenwald, Edelweiss und Findebuch: 35 Lose Reis geschätzt zu 60 Buchen und 5175 Kadelholzweilen in Fächelosen.
 Udm. Lpm
 Übung Diensta; 8. Schüttler.

Preisabschlag! Ausnahmeangebot!

Wahseife 200 Gramm	G. fl. tseife la Qual., 80 g	Kaffeeife 50 g
1 Doppelpack 24 Pfg.	parfüm. 1 St. 15 Pfg.	1 St. 10 Pfg.
5 „ „ Mk. 1.10	7 „ „ 1 Mk. 11	1 „ „ 1 Mk.

Alles nur beste Qualität!
 Beachten Sie unsere Schaufenster!

Löwendrogerie Gebrüder Benz Nagold und Ebhausen.
 Geschäftszeit in Nagold: 8—6 Uhr ununterbrochen.
 in Ebhausen: Dienstag, Mittwoch, Freitag u. Samstag Mittag.

Säuglingspflegekurs.
 Die Teilnehmerinnen werden zu einer Besprechung am Dienstag, den 8. Januar, mittags 1 Uhr im Jugendheim (Luthepaal) gebeten. Weitere Anmeldungen werden dort noch angenommen.
 Rätterberatungskunde ebenda von 1/2—1/4 Uhr.
 Bezirksfürsorgerin.

Ettmannsweiler.
Dankagung.
 Für alle uns bei dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters und Schwiegervaters
Christian Faßb
 zum „Grünen Baum“
 erwiesene Teilnahme, für die so zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte von nah und fern, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Schmid am Grabe, die ehrende Begleitung des Militärvereins und die Kranzniederlegung durch dessen Vorstand, Schultheiß Kübler, sowie für den schönen Gesang des gemischten Chors danken herzlich
 die trauernden Hinterbliebenen.

Consum- und Sparverein
 Nagold und Umgebung.
 G. G. m. b. H.
 Am Sonntag, den 13. Januar, nachm. 4 Uhr, findet im Traubensaale in Nagold eine
außerordentliche Generalversammlung
 statt.
Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht.
 2. Neuweisung der Geschäftsanteile.
 3. Verschiedenes.
 Anträge an die Generalversammlung sind spätestens bis Donnerstag, den 10. Januar, schriftlich bei dem Unterzeichneten einzureichen. Die Versammlung findet ohne Getränkeabgabe statt.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitgliedschaft ist dringend erwünscht.
 Der Aufsichtsrat: J. A. Jlg.

Durch fortwährende Ausforderung veranlaßt, hatten wir in unserer Niederlage bei Herrn Josef Hammer, Damen- u. Herren-Haar, Bobbergerstr. 21, in Freudenstadt

Sprechstunden
 am Mittwoch, den 9. Januar
 von morgens 10—2 und
 nachm. von 3—6 Uhr ab

GG. SCHNEIDER & SOHN
 1. württ. Haarreinigungs- u. Haar- u. Parfümanstalten. 30jährige Tätigkeit
 Gymnasiumstraße 21 a
 Mikroskop, Haaruntersuchung in Stuttgart von 10—12 und 3—6 Uhr.

Erbsen und Linsen
 sowie schöne gesunde
Speisewiebeln
 empfiehlt von feischer Sendung billigst
Friz Bühler jr.
 Altenfeld.

Sägmehl
 hat gegen bar oder Naturalien billig abgegeben
Fr. Erhardt
 Sägewerk
 Euztal.
 Zwerenberg.
 Einen 10 Monate alten
Farren
 verkauft
Joh. Klink
 Zwerenberg.

Injerate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Mit den Tannen“ besten Erfolg

Zwerenberg.
 Einen
Lehrstier
 verkauft
 Zwerenberg, Schmid

Zengenloch.
 Einen 3 jähigen
Fuhrschlitten
 hat zu verkaufen
 Othmar Thoma